Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Jungdeutscher Orden, Staatspartei und Judenfrage — Central-Verein, Zionistische Organisation u. Abwehrkampf — Justiz u. Juden — Ein Memorandum an Lord Paßfield — Was hat Lord Paßfield der arabischen Delegation angeboten? — Vierte Weltkonferenz der Zionisten-Revisionisten in Prag — Romanbeilage — Dr. Werner Senator über das heutige Palästina — Welt-Echo — Spendenausweis

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3987

Nr. 33 München, 15. August 1930 17. Jahrgang

1930	Wochenkalender		5690
	Aug.	Aw	Bemerkungen
Sonntag	17	23	
Montag	18	24	
Dienstag	19	25	
Mittwoch	20	26	
Donnerst.	21	27 י״כ קטן	
Freitag	22	28	
Samstag	23	29	ראה מברכין החדש הפטרה ויאמר לו יהונתן (I. Sam. 29, 18—42) עניה סערה (Jes. 54, 11—17. 55, 1—5) (P. R. פרק ו׳)

Das Jüdische Echo

Nummer 33 15. August 17. Jahrgang

Jungdeutscher Orden, Staatspartei und Judenfrage

Die Umgestaltung des deutschen Parteiwesens in einer Zeit politischer Höchstspannung hat bisher noch nicht zu einer ganz klaren Konstellation geführt, soweit bürgerliche Parteien in Betracht kommen; wenn es schon dem unmöglich ist, zu begründeten Erkenntnissen und Urteilen zu gelangen, der alle aktuellen politischen Fragen, abgesehen von der Judenfrage prüft, so sieht sich der jüdische Betrachter, der in seine Überlegungen immer auch jüdische Probleme einbeziehen muß, vollends einem Wirrwarr gegenüber. Anscheinend nämlich ist der deutsche Jude, der bisher wenigstens in einer bürgerlichen Partei volle Gleichberechtigung hatte, politisch heimatlos geworden: lehnen ihn die Deutschnationalen in jeder Schattierung unverblümt ab, sind Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei, wie sie in Thüringen und Sachsen zur Genüge bewiesen haben, jederzeit bereit, ihn um ihrer wirtschaftspolitischen Ziele willen an die Nationalsozialisten zu verkaufen, ist das Zentrum bei aller Toleranz seinem Wesen nach eine christliche Partei ohne Möglichkeiten für jüdische Betätigung, so scheint nun auch die aus der Ehe der früheren demokratischen Partei mit dem Jungdeutschen Orden entstandene Staatspartei in ihrer Stellung zu den Juden recht zweifelhaft. Zwar behauptet sie, nicht antisemitisch zu sein. Bisher hat sie jedoch das auf jüdischer Seite ihr gegenüber bestehende Mißtrauen noch nicht aus der Welt schaffen können. Den Grund für dieses Mißtrauen braucht man nicht lange zu suchen: Der Jungdeutsche Orden, der eine Partner der neuen Ehe, der als solcher ja weiterbesteht, lehnt die Aufnahme von Juden nach wie vor ab, beharrt auf dem Arierparagraphen und sein Führer Mahraun gibt öffentliche Erklärungen ab, aus denen man nur folgern kann, daß der Jungdeutsche Orden auch gar nicht gewillt ist, in diesen Dingen irgendwelche Änderungen vorzunehmen. Eine höchst interessante Erklärung, die er unlängst im „Jungdeutschen" veröffentlichte, sei ihrer Wichtigkeit wegen hier vollinhaltlich wiedergegeben.

„Verschiedene Zeitungen veröffentlichten einen Brief, in dem ich einem besorgten Freunde die Versicherung gab, daß sich die Volksnationale Reichsvereinigung selbstverständlich gegen alle diejenigen Juden zur Wehr setzen werde, welche an den Grundsätzen unserer christlichen und deutschen Kultur rütteln wollen. Andere Zeitungen bezeichnen das Vorhandensein des sogenannten Arierparagraphen, der eine der Grundlagen des Jungdeutschen Ordens ist, als Antisemitismus.

Der Jungdeutsche Orden läßt an dieser Grundlage seiner Mitgliedschaft nicht rütteln. Er erkennt im staatsbürgerlichen Leben, wie viele seiner Verlautbarungen seit Jahren beweisen, den jüdischen Staatsbürgern die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu. Wir geben daher keinem das Recht, in Wesen und Form unserer jungdeutschen Gemeinschaftsbildung hineinzureden. Wir erkennen genau so, wie wir für uns das Recht der Gemeinschaftsbildung nach unseren Gesetzen fordern, auch jedem anderen das gleiche Recht zu. Ebenso wie wir in der Bildung von jüdischen Vereinigungen bündischer, politischer oder kultureller Natur keinerlei Angriff auf uns sehen, so verlangen wir auch, daß das Judentum in unseren völkischen Grundlagen keinen Angriff auf sich sieht.

Unser Kampf gilt allen denen, die an den Grundlagen der christlichen und deutschen Kultur rütteln, einerlei ob sie Juden sind oder nicht. In unserem staatsbürgerlichen Dienst an Staat und Volk kennen wir nur eine einzige Gemeinschaft mit den deutschen Staatsbürgern, welche unseren Ideen vom sozialen und nationalen deutschen Volksstaat vorbehaltlos zustimmen.

Die gegen mich gerichteten Angriffe begrüße ich, weil sich auf diese Weise die Gelegenheit ergibt, einmal in aller Öffentlichkeit die Frage zu klären, ob das deutsche Judentum ein Recht hat, deutsche Gemeinschaften, welche sich nach rassischen Vorbedingungen zusammengefunden haben und die über diese eigene Einstellung hinweg gemeinsam mit allen deutschen Staatsbürgern ohne jede rassische Vorbedingungen positiv in der Politik zusammenarbeiten wollen, als antisemitisch zu bezeichnen.

Unbeschadet unserer völkischen Gesinnung bekämpfen wir schon aus Gründen der nationalen Einheit und Befriedung des deutschen Volkes den demagogischen Antisemitismus unserer Zeit. Mussolini bezeichnete den Antisemitismus als eine Barbarei. Er nannte den Faschismus erhaben über den Antisemitismus, weil der Faschismus die höchste Stufe der Kultur sei. Unser Kampf für den deutschen Volksstaat erstrebt die Vollendung der deutschen Volkseinheit und die Bereinigung aller Gegensätzlichkeiten, welche das deutsche Volk mit Haß und Zwietracht erfüllen. In dem Antisemitismus, wie er sich heute in Deutschland darstellt, sehe ich ebenso ein Minderwertigketsgefühl. wie ich dasselbe in einem gewissen Antigermanismus gewisser jüdischer Kreise erblicke. Ich bin fest überzeugt, daß nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung eine staatsbürgerliche Bereinigung erfolgen kann und bin der Ansicht, daß angesehene Juden zu dieser Auffassung Stellung nehmen müssen."

So die Erklärung Mahrauns. Sie wird viele Juden nicht zufriedenstellen, die mit Recht fragen, ob eine so begründete, sehr limitierte Freundschaft überhaupt noch Freundschaft genannt werden kann und nicht schon eher als Neutralität bezeichnet werden muß, die gegebenenfalls sich auch in Feindschaft wandeln kann. Angesichts der Relativität unserer politischen Begriffe kann und muß wirklich die Versicherung Mahrauns, daß sein Kampf all denen gelten werde, die an den Grundlagen der christlichen und deutschen Kultur rütteln, einerlei ob sie Juden seien oder nicht, mit einigem Mißtrauen erfüllen. Denn gerade über die

Grundlagen deutscher Kultur bestehen ja heute die größten Meinungsverschiedenheiten.

Die deutschen Juden werden sich also ernstlich zu überlegen haben, ob sie die Auffassung Mahrauns billigen oder sich wenigstens mit ihr zufrieden geben, d. h. aber auch, ob sie Mitglieder der Staatspartei sein und bleiben können. Eines muß dabei von vornherein mit aller Entschiedenheit betont werden: Was Herr Mahraun unter dem „Antigermanismus gewisser jüdischer Kreise" versteht, hat er unterlassen klarzumachen, ebenso hat er es unterlassen, diese „gewissen jüdischen Kreise" näher zu bezeichnen. Es ist nötig, daß darüber auch nicht der geringste Zweifel bestehen bleibt; man wird Herrn Mahraun veranlassen müssen, sich über diese Dinge ganz unmißverständlich zu äußern und sich, bis eine solche Äußerung erfolgt ist, zweckmäßig seine endgültige Stellungnahme zur Deutschen Staatspartei vorbehalten.

Auch in manchen anderen Punkten wird es Herrn Mahraun nicht erspart werden können, falls die Staatspartei Wert auf jüdische Stimmen und jüdische Unterstützung legt, sich noch klarer zu äußern. Er stellt dem „staatsbürgerlichen Dienst" des jungdeutschen Ordens an Staat und Volk, in dem er nur eine einzige Gemeinschaft mit den deutschen Staatsbürgern kennt, welche seinen Ideen vom sozialen und nationalen Volksstaat vorbehaltlos zustimmen, irgend etwas anderes gegenüber, das nicht näher definiert ist, das aber jedenfalls den Jungdeutschen Orden als Vereinigung zu einer völkischen Gemeinschaftsbildung auf arischer Grundlage veranlaßt. Wenn dies die „völkische Gesinnung" ist, so wirft sich doch die Frage von selbst auf, ob denn nicht auch der „staatsbürgerliche Dienst an Staat und Volk" aus dieser „völkischen Gesinnung" heraus geboren und von ihr bestimmt wird und ob man nicht deshalb früher oder späer auch auf diesem Gebiet die Zusammenarbeit und die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung mit Juden abzulehnen geneigt sein wird?

Es bleibt wohl nichts anders übrig, als die feinen, allzu feinen und doch nicht klaren Unterscheidungen aufzugeben — der Wahlkampf ist ja auch nicht die geeignete Zeit zur Entwicklung einer neuen psychologisch und logisch fundierten Ideologie — und sich an Tatsachen zu halten. Aus diesen aber ergibt sich jedenfalls, daß Mahraun mit seiner Gruppe etwas versucht, getrieben eher vielleicht von politischem Instinkt als in klarer Bewußtheit, was bisher beispiellos ist, was aber, wenn es gelingt, unserer Meinung nach geeignet wäre, die Judenfrage neu zu beleuchten und das Zusammenleben der Juden mit den Völkern friedlicher und reibungsloser zu gestalten. Er verbindet — die folgende Erörterung gründet sich auf die Annahme seines guten und ehrlichen Willens und ist im gegenwärtigen Stadium der Ereignisse freilich mit einem gewissen Vorbehalt aufzunehmen — eine volle und wohl auch vorbehaltlose Anerkennung der jüdischen Gleichberechtigung im Staate, des jüdischen Staaasbürgertums mit einer ebenso vorbehaltlosen Scheidung von Juden auf gesellschaftlichem und vielleicht auch kulturellem Gebiet. Da man Freundschaft bekanntlich nicht erzwingen kann und da die Juden, soferne sie Juden bleiben wollen, ihrerseits nicht darauf verzichten können und dürfen, eine jüdische Gesellschaft zu biden, so könnte dies tatsächlich ein Weg zur Herbeiführung friedlicher Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden sein, daß er heute beschritten wird, eine Fortentwicklung auf politischem Gebiet und der Anfang zur Überwindung der bisherigen, irrigen Emanzipationsideen auch von christlicher Seite. Man vergesse doch nicht, daß bisher, was Jakob Klatzkin in seinen „Problemen des modernen Judentums" (vor kurzer Zeit in dritter ergänzter Auflage im Verlag Lambert Schneider-Berlin erschienen) aufs klarste nachgewiesen hat, die Emanzipation den Juden nur unter bestimmten Voraussetzungen zugebillgt worden ist, nämlich, wie er es ausdrückt, als Vorschuß auf die vorweggenommene restlose Assimilation. Das ging so weit, wie wiederum Klatzkin zeigt, daß wir Juden in vielen Fällen genötigt waren oder genötigt gewesen wären, gegen diejenigen aufzutreten, die sich als unsere Freunde bezeichneten und es ging so weit, daß nicht nur unsere antisemitischen Ankläger sondern auch unsere liberalen Anwälte die Vernichtung unserer jüdischen Existenz wünschten und von ihrem Standpunkt aus auch wünschen mußten. Die Gleichberechtigung galt ihnen geradezu als das Mittel zur Vernichtung und zu diesem Zwecke wurde sie gewährt. Zum erstenmal scheint uns nun eine deutsche politische Gruppe diese Gleichberechtigung zuzugestehen, ohne die Bedingung unserer Auflösung daran zu knüpfen.

Diese prinzipiell neuartige Stellungnahme den Juden gegenüber verliert auch dann ihre Bedeutsamkeit nicht, wenn man den Arierparagraphen aus äußeren und inneren Gründen keineswegs als berechtigt anerkennen kann — wie es wohl bei jedem Juden der Fall sein wird — zum mindesten nicht, so weit er als Ausfluß irgendeiner wissenschaftlichen oder pseudowissenschaftlichen Überzeugung von Dasein und Wert menschlicher Rassen zu gelten wünscht. Auch er verliert ja seinen aggressiven Charakter bereits durch die Anerkennung der Juden als auf politischem Gebiete Gleichberechtigter und ist also nicht mehr Ausdruck einer Minderbewertung jüdischer Art. Er wird zum Ausdruck des Gefühls der Andersartigkeit — eines Gefühls, das man nicht wegdisputieren kann und soll und das immer bei Nichtjuden auftreten wird, wo Juden in nennenswerter Anzahl existieren.

Solange man anerkennt, daß auch die Juden ein Recht haben, im Staate zu leben, und an seiner Gestaltung aktiv mitzuwirken, brauchen wir Juden uns an der Existenz von Gemeinschaften in der Art des Jungdeutschen Ordens nicht zu stoßen. Die Haltung Mahrauns scheint, ihm selbst vielleicht noch unbewußt, entstanden aus der richtigen Erkenntnis, daß der Staat etwas anderes ist als die Volksgemeinschaft, auch dort, wo er im wesentlichen eine einzige Nation umfaßt, daß nämlich in ihm alle einen Platz finden müssen, die freiwillig oder zwangsläufig die Pflichten übernommen haben, die er seinen Angehörigen auferlegt. Diese Erkenntnis ist es, die allein die Existenz jüdischer Gemeinschaften und die freie Betätigung auf jüdischem Gebiet garantiert — die gesellschaftlichen und kulturellen Fragen sind demgegenüber, so wichtig sie immer sein mögen, doch nur zweiten Ranges und auch ihre Lösung wird um so leichter, je mehr Ehrlichkeit und Offenheit in den Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden herrschen.

Die Offenheit, die man in den Mahraunschen Auslassungen findet, mag vielen peinlich sein und Verstimmung erregen, sie muß es nicht. Sie muß es schon deshalb nicht, weil man sich doch auch darüber klar sein muß, — die letzten Jahre haben es deutlich genug gezeigt; es sei hier nur an die Haltung der bayerischen Sozialdemorkratie in der Schächtfrage, an den Fall Bern Meyer in Berlin, an manche Vorgänge in der kommunistischen Partei und auch manche Erscheinung in der demokratischen Partei erinnert — daß mehr Freundschaft für die Juden bei keiner Partei, ob bürgerlich oder proletarisch, zu haben ist; wenn vielleicht programmatisch, so doch nie faktisch. Wenn es auf die Freundschaft und Liebe ankäme, die man zu den Juden hegt, so wären sie politisch wirklich überall heimatlos. Auch liegt es nicht in unserer Macht, diese Zustände zu ändern, jetzt nicht und in aller Zukunft nicht.

Im übrigen wird freilich die letzte Antwort auf die Frage, ob die Juden Mitglieder der Deutschen Staatspartei sein und sie wählen können, abgesehen von den obenerwähnten Vorbehalten, erst die Liste ihrer Wahlkandidaten geben. Diese Liste wird zeigen, ob man den Juden auch in der Praxis und der Parteiführung die Gleichberechtigung zugesteht, und sie wird zeigen, welche Männer sich für die Ziele der Staatspartei einsetzen. Männer sind heute wichtiger und ausschlaggebender als Programme — ist den Männern der Staatspartei auch am Vertrauen der deutschen Juden gelegen, so wird man es ihnen kaum versagen, aber vertrauenerweckend müssen sie selbst schon sein. I. E.

Centralverein, Zionistische Organisation und Abwehrkampf

Wie wir in unserer letzten Nummer berichteten, haben in der letzten Zeit in Berlin auf Initiative der Berliner Jüdischen Gemeinde Besprechungen zwischen dem Centralverein und der Zionistischen Organisation zum Zwecke der Herbeiführung einer Kooperation in gesamtjüdischen Arbeitsgebieten in Deutschland begonnen. Im Vordergrund steht die Frage des jüdischen Abwehrkampfes gegenüber der ansteigenden antisemitischen Flut. Diese Besprechungen haben eine lange Vorgeschichte. Sie sind nicht von ungefähr angeregt oder begonnen worden. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß man feststellen, daß die ersten Überlegungen, ob es doch nicht möglich wäre, zu einem erträglichen Verhältnis zwischen Centralverein und Zionistischer Organisation zu gelangen, auf zionistischer Seite angestellt wurden. Dies geschah nicht etwa darum, weil der Zionismus in Deutschland in seiner kämpferischen Haltung gegenüber dem Central-Verein lauer geworden wäre, sondern darum, weil die Zionisten in Deutschland gerade bei ihren Arbeiten für die Begründung der Jewish Agency sich sagten, eine Mitarbeit in praktischen Dingen sei trotz der Verschiedenheit in der Auffassung weltpolitischer Probleme möglich. Es handelte sich hierbei nicht um ein Nachlaufen der Zionisten, um jeden Preis die Unterstützung jüdisch-politisch anders eingestellter Gruppen zu erringen, sondern um eine Auswirkung der zionistischen Auffassung vom jüdischen Klal. Denn die zionistische Ideologie betrachtet die Judenheit in der ganzen Welt als eine untrennbare Gesamtheit und ist keineswegs gewillt, auf irgendeinen Teil der jüdischen Gemeinschaft von vorneherein zu verzichten. Man kann sagen, daß sich für die Zionisten die Juden in der ganzen Welt in zwei große Lager scheiden, in Zionisten und in Nichtzionisten, d. h. auf lange Zeit hegt der Zionismus die tiefe Überzeugung, daß sich alle Juden in der Welt in der Arbeit für die Schaffung des nationalen Zentrums in Palästina zusammenfinden werden, mögen einzelne Richtungen im Judentum vorläufig noch diesem Ziele in ihrer Ideologie und in ihrer Praxis wiederstreben. Es ist festzustellen, daß in weiten Kreisen des Central-Vereins die von einzelnen Zionisten gemachten Anregungen Verständnis fanden, wie wohl sowohl auf zionistischer Seite als auch auf Seiten des Central-Vereins sehr viele Mitglieder vorhanden waren und sind, die an die Möglichkeit eines erträglichen Zusammenarbeitens zwischen beiden großen Organisationen nicht recht zu glauben vermögen. Der Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde, in der letzten Zeit durch die politische Entwicklung in Deutschland immer stärker dahin gedrängt, in seinen Interessen- und Arbeitskreis auch den Kampf gegen den Judenhaß in allen Formen, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht, aufzunehmen, sah sich nun bewogen, bevor er sich über seine Betätigung auf dem Gebiete des Abwehrkampfes endgültig schlüssig wird, vorher den Versuch zu unternehmen, ob nicht durch eine Aussprache zwischen Zionisten und Central-Vereinern Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit geschaffen werden, welche als eine von politischen Momenten unbeschwerte neutral gesamtjüdische angesehen werden könnte.

Es ist klar, daß derartige Besprechungen mit außerordentlichem Taktgefühl und mit allergrößter Diskretion eingeleitet und allmählich so weit gefördert werden müssen, bis der Zeitpunkt gekommen ist, in der die öffentliche Meinung darüber informiert werden kann. Leider ist schon in den Anfängen dieser Aktion ein unliebsamer Zwischenfall eingetreten. Sei es, daß eine jüdische Zeitung in Deutschland sich der Delikatesse der ganzen Angelegenheit nicht bewußt war, sei es, daß von irgendeiner der beteiligten Seiten bewußte Absicht mitgespielt hat, — bevor noch die erste Aussprache zwischen Zionisten und Führern des Central-Vereins unter der Führung des Vorstandes der Berliner Jüdischen Gemeinde zustande kam, war in der Öffentlichkeit angekündigt, daß diese Aktion im Gange ist. Dadurch sind nun Kreise aufgewühlt worden, deren Mitwirkung gerade in dem Anfangsstadium derartiger Besprechungen der Sache nicht förderlich sein kann. Wir sind keine Anhänger der Geheimdiplomatie und halten derartige Methoden besonders im jüdischen Leben weder für geschmackvoll noch für angebracht. Aber schließlich ist ja jede diplomatische Verhandlung eine Art „Geschäft", und es hat noch keinem Geschäfte genützt, wenn schon die Spatzen auf dem Dache davon gezwitschert haben, bevor die Geschäftspartner überhaupt an einen gemeinsamen Tisch zuzammengetreten sind. Die üblen Folgen der unangebrachten Indiskretion sind denn auch nicht ausgeblieben. Es war von vorneherein klar, daß die erste Fühlungnahme zwischen Zionisten und Central-Verein keine greifbaren Erfolge zeitigen kann. Wie es verlautet, haben tatsächlich die ersten Besprechungen keine wesentlichen Resultate gezeitigt. Die Unterhaltungen sollen jedoch noch fortgesetzt werden. Es ist unsere Überzeugung, daß das Resultat der ersten Besprechung besser gewesen wäre, wenn nicht Sensationslust die Neugier und die Erwartungen von vorneherein überflüssigerweise gesteigert hätten. Charakteristisch ist, daß die Nächstbeteiligten, Zionisten und Central-Vereiner, in ihren Organen, „Jüdische Rundschau" und „Central-Vereins-Zeitung", sich hinsichtlich dieser Besprechungen in Mitteilungen an ihre Anhänger und Leser vollständige Zurückhaltung auferlegt haben. Es wäre gut gewesen, wenn die anderen jüdischen Organe in Deutschland diesem Beispiel gefolgt wären. Das hätte den Verhandlungen nur genützt, deren Wichtigkeit heute von allen Kreisen der deutschen Judenheit erkannt wird und deren baldiger erfolgreicher Abschluß dringend zu wünschen ist. s. n.

Jüdische Tagungen in Berlin

In den Monaten August und September werden in Berlin wichtige jüdische Tagungen stattfinden. Das Aktionskomitee der Zionistischen Weltorganisation, das Administrativkomitee der Jewish Agency, die Weltkonferenz der Schomre-Schabbos-Bewegung und der Kongreß für das arbeitende Palästina werden Gäste des Berliner Judentums sein. Die Tatsache, daß Berlin in den Mittelpunkt des allweltlichen jüdischen Interesses gerückt wird, ist wohl auf zwei Umstände zurückzuführen. Deutschland liegt am Schnittpunkt von Ost- und Westjudentum und wegen dieser zentralen Lage ist es von vorneherein, besonders in seiner Hauptstadt, vorzüglich geeignet, ein Treffplatz jüdischer Vertreter aus den Ländern östlicher Massensiedlung und des Weltwestens zu sein. Ein zweiter Umstand aber ist vielleicht noch wichtiger als der erste geographische Grund. Die Berliner Jüdische Gemeinde ist gegenwärtig eine der größten jüdischen Gemeinden der Welt, und zwar nicht nur der Zahl nach, sondern auch hinsichtlich der von ihr im Interesse der jüdischen Gemeinschaft vollbrachten Leistungen. Es gab vor ungefähr hundert Jahren eine Zeit, in der das deutsche Judentum in der jüdischen Welt maßgebend gewesen ist. Diese führende Rolle hat es dann durch die historische Entwicklung allmählich verloren. Die siegreiche Assimilation innerhalb des deutschen Judentums gestaltete die politischen Grenzen Deutschlands auch zu Grenzen zwischen deutschen Juden und den Juden der übrigen Welt. In den letzten Jahrzehnten, besonders in den Jahren nach dem Krieg, ist innerhalb der deutschen Judenheit eine tiefgreifende Wandlung vor sich gegangen. In immer stärkerem Maße nahm und nimmt ein großer Teil der deutschen Juden an allen Interessen und Aufgaben der Judenheit in der ganzen Welt lebhaften Anteil, und aus dem deutschen Judentum heraus sind für die vielfältigen jüdischen Tätigkeitsgebiete bedeutende Wortführer und tätige Mitarbeiter erwachsen. Wenn man sich daran erinnert, daß noch im Jahre 1897 eine deutsch-jüdische Gemeinde es abgelehnt hat, irgendwie mit dem ersten Zionistenkongreß in Verbindung gebracht zu werden und daß damals Theodor Herzl gezwungen war, die Gastfreundschaft der schweizerischen Stadt Basel in Anspruch zu nehmen, so wird die eingetretene Wandlung recht sinnfällig. Trotzdem Deutschland geographisch sehr günstig liegt, würden auch heute jüdische Weltorganisationen es wahrscheinlich vorziehen, in anderen Ländern ihre Tagungen zu veranstalten, wenn der Geist der deutschen Juden heute noch derselbe wäre, wie vor drei Jahrzehnten. Da aber in der ganzen jüdischen Welt das Bewußtsein vorherrscht, daß jede jüdische Aktion gegenwärtig bei den offiziellen Repräsentanten der Berliner Judenheit Sympathie und Unterstützung finden wird, so ist es natürlich, daß die Tagungen großer jüdischer Weltorganisationen nach Berlin einberufen werden. Über die Bedeutung der angekündigten Konferenzen und über die Verhandlungen dieser Zusammenkünfte soll noch zur geeigneten Zeit ausführlich gesprochen werden. Heute genüge die Feststellung, daß das jüdische Berlin mit Genugtuung sich als den Gastgeber der zahlreichen jüdischen Vertreter aus der ganzen Welt empfindet und daß es alles tun wird, um seinerseits zu einem Gelingen dieser Tagungen beizutragen. Die Berliner Jüdische Gemeinde, die in Berlin vorhandenen Lakalorganisationen der zusammentretenden Weltverbände und nicht zuletzt die in Berlin lebenden Vertreter der großen jüdischen Presse der ganzen Welt sind sich bewußt, daß auf ihnen eine ehrenvolle Verpflichtung lastet, mit allen Kräften den hier erwarteten Konferenzteilnehmern sich zur Verfügung zu stellen. Aber auch über Berlin hinaus muß die gesamte deutsche Judenheit es mit Befriedigung aufnehmen, daß die Blicke der Juden in der ganzen Welt wieder einmal auf dem deutschen Judentum ruhen. Diese Tatsache verpflichtet und wir sind überzeugt, daß trotz aller inneren Gegensätze innerhalb des deutschen Judentums, trotz aller Meinungskämpfe und trotz der erschwerten Situation, in der sich das deutsche Judentum befindet, dieses in einem ehrenvollen Wettbewerb sich dauernd bemühen wird, wieder wie vor hundert Jahren eine führende Rolle im Weltjudentum zu eroberen.

Die Tagesordnung des Aktionskomitees

London, 6. August. (JTA.) Die provisorische Tagesordnung für die am 24. August in Berlin beginnende Session des Zionistischen Aktionskomitees ist soeben veröffentlicht worden. Der Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency, Dr. Chaim Weizmann, wird die Aktionskomiteetagung mit einem Bericht über die politische Lage eröffnen, ein Palästinabericht von Dr. Arthur Ruppin wird folgen. Ein Mitglied der Palästina-Exekutive wird über Budget und Wirtschaftsangelegenheiten referieren. Herr M. M. Ussischkin wird über den Jüdischen Nationalfonds, Herr Dr. Arthur Hantke über die Arbeit des Keren Hajessod berichten.

Das Aktionskomitee wird in seiner Berliner Tagung Zeit und Ort des 17. Zionistenkongresses festzusetzen haben.

Das Tagungsprogramm des Administrativkomitees

London, 6. August. (JTA.) Die Tagesordnung der vom 29. August bis 3. September in Berlin stattfindenden Sitzung des Administrativkomitees der Jewish Agency ist soeben veröffentlicht worden. Der Präsident des Administrativkomitees, Herr Felix M. Warburg, wird die Tagung am Freitag, dem 29. August, 10 Uhr vormittags, eröffnen. Eine Ansprache des Präsidenten der Jewish Agency Dr. Chaim Weizmann, und ein Palästinabericht von Dr. Arthur Ruppin werden folgen. Das Administrativkomitee wird sodann Sonderkommissionen einsetzen, die die in den Berichten der Herren Felix M. Warburg, Dr. Chaim Weizmann und Dr. Arthur Ruppin enthaltenen Vorschläge zu erwägen haben werden.

Die zweite Sitzung wird der Aussprache über die Berichte der Führer gewidmet sein. Es werden dann Kommissionen für Politik, Budget, Finanzen, Wirtschaft und Organisation gewählt werden.

In der dritten Sitzung, am Sonntag, dem 31. August, morgens, werden Herr M. M. Ussischkin, der Leiter des Jüdischen Nationalfonds, über die Bodenfrage, Herr Direktor Oskar Wassermann über den Keren Hajessod und Herr Dr. Werner Senator über Budget referieren. Diesen Referaten wird sich eine allgemeine Aussprache anschließen. Der Nachmittag des Sonntags wird den Sitzungen der Kommissionen gewidmet sein. Ein Bericht des Komitees für politische Angelegenheiten mit Aussprache und Fassung von Resolutionen werden folgen.

Die Organisationskommission wird ihren Bericht am Dienstagmorgen der Versammlung unterbreiten, dem Bericht werden sich eine Aussprache und Fassung von Resolutionen anschließen. In der Schlußsitzung, am Dienstagnachmittag, werden die

Kommissionen für Budget, Finanzen und Wirtschaft ihren Bericht erstatten, denen sich eine allgemeine Aussprache und Fassung von Resolutionen anschließen werden.

Justiz und Juden

Ablehnung eines Schöffen wegen jüdischer Abstammung durch ein Hamburger Gericht

Berlin, 8. August. (JTA.) Vor einigen Tagen teilten die Zeitungen den folgenden Vorfall mit: Vor einem Hamburger Gericht stellte ein nationalsozialistischer Angeklagter die Frage, ob sich unter den Schöffen „Jesuiten, Juden oder Freimaurer" befinden. Das Gericht unterbrach die Verhandlung und teilte nach der Wiederaufnahme mit, daß einer der Schöffen einen jüdischen Vater habe. Daraufhin lehnte der Angeklagte diesen Schöffen ab. Das Gericht gab dem ablehnenden Antrag Folge und vertagte die Verhandlung. Die „Frankfurter Zeitung" bemerkt dazu: Ein Richter ist nur dann abzulehnen, wenn Befangenheit oder Voreingenommenheit offenkundig vorausgesetzt werden kann. Wodurch aber wird Befangenheit „offenkundig"? Ganz fraglos nicht allein durch die Rassenzugehörigkeit. Denn in diesem Falle könnte es dazu kommen, daß — um auf das Rassenbrevier der Nationalsozialisten zurückzugreifen — ein sogenannter Oste einen westischen Richter, eine Germane einen Richter romanischen Geblüts ablehnt. Die besondere Seite dieses Falles ist, daß ein Gericht die lediglich provokatorische Fragestellung des Angeklagten nach der Abstammung nicht glatt von der Hand wies, sondern sich — was zugleich die lächerliche Seite ausmacht — von der selbstherrlichen Arroganz des Angeklagten überrumpeln ließ, ohne die juridisch notwendige Begründung offenkundiger Befangenheit zu verlangen.

Zum ersten Male ein Jude als Richter abgelehnt

Berlin, 8. August. (JTA.) Der „Völkische Beobachter" teilt mit: Im Amtsgericht von Hindenburg (Oberschlesien) wurde bei einer Verhandlung gegen den Nationalsozialisten Gengler wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz vom Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Frank, der Antrag auf Ablehnung eines jüdischen Beisitzers, Assessors Weissenberg, wegen Befangenheit gestellt mit der Begründung, daß in einem Verfahren gegen Antisemiten Juden wegen ihrer Fremdrassigkeit als Richter sich befangen fühlen müssen. Nach einer Beratung über diesen Antrag, zu der auch das Amtsgericht Gleiwitz herangezogen wurde, und die von 9—3 Uhr dauerte, wurde der Beschluß verkündet, daß der Ablehnung stattgegeben wird.

Ein Memorandum an Lord Paßfield

Jüdische Mitglieder der interparlamentarischen Union erwarten von der englischen Regierung Sicherung des Nationalheims

London, 5. August. (JTA.) Jüdische Mitglieder der vor kurzem in London stattgefundenen Konferenz der Interparlamentarischen Union haben dem britischen Kolonialminister Lord Paßfield das folgende Memorandum überreicht:

Die unterzeichneten Mitglieder der Interparlamentarischen Union, die auf der Londoner Konferenz der Union Länder mit einer jüdischen Bevölkerung von zusammen acht Millionen Menschen, also der Hälfte der Weltjudenheit, vertreten, nehmen die Gelegenheit wahr, um Sie über die Ansichten der Weltjudenheit hinsichtlich der jetzigen Lage in Palästina zu informieren.

Im Jahre 1919 war es die einmütige Forderung der Weltjudenheit, daß das Mandat für Palästina Großbritannien anvertraut werde; in den Vereinigten Staaten von Amerika haben eine halbe Million Juden eine Massenpetition dieses Inhalts unterzeichnet. Dieses Vertrauen zu Großbritannien gründete sich auf der von Großbritannien schon in der Vergangenheit gegenüber dem jüdischen Volke eingenommenen Haltung sowie auf dem Interesse, daß es, lange vor der Balfourdeklaration, der uralten jüdischen Idee einer Rückkehr nach Zion entgegengebracht hat. Nach Verkündigung der Balfourdeklaration hat sich dieses Gefühl des Vertrauens in eines der Begeisterung gewandelt.

Wir bedauern es, nun sagen zu müssen, daß die jüngsten Ereignisse dem Vertrauen der Juden unserer Länder in Großbritannien einen ernstlichen Stoß versetzt haben. Die Unruhen im August 1929 bedeuteten für die Juden, die Vorfälle solcher Art unter der britischen Flagge niemals für möglich gehalten haben, einen schweren Schlag; am allerwenigsten hätten wir Juden erwartet, daß Juden, die versuchten, ihre Familienangehörigen gegen Gewalt und Mordanschlag zu verteitigen, durch englische Behörden entwaffnet werden würden.

Auch heute noch sind wir hinsichtlich der Lage der Juden in Palästina nicht beruhigt. Die Polizei stellt weiterhin eine vornehmlich arabische Körperschaft dar, und es sind bisher nicht die geeigneten Schritte ergriffen worden, um den jüdischen Bestand innerhalb der Polizei zu erhöhen. Obwohl die Notwendigkeit der Selbstverteidigung anerkannt wird, sind den Angriffen ausgesetzte landwirtschaftliche Kolonien nicht die wirksamen Waffen zur Selbstverteidigung geliefert worden.

Die Shawkommission war für uns eine tiefe Enttäuschung; besonders befremdete uns die Art, in der der Anwalt der Palästinaadministration zu Werke ging, was er offenbar auf Grund von Instruktionen seitens der Administration tat. Er machte keinerlei Versuche, die guten und die bösen Seiten des Falles zu sondieren, seine Bemühungen waren einzig und allein darauf gerichtet, die Juden anzugreifen; er ging dabei so weit, unserer Toten zu spotten.

Die Shawkommission, deren Mehrheit einen völligen Mangel an Verständnis für die zionistischen Ideen und Bestrebungen sowie für unsere Arbeit in Palästina an den Tag gelegt hat, machte weitreichende Vorschläge, die darauf hinausgehen, die eigentlichen Grundlagen des Jüdischen Nationalheims in Palästina zu zerstören. Diese Vorschläge überschritten den Aufgabenkreis, den die Regierung der Shawkommission vorgezeichnet und vor deren Überschreitung sie sie gewarnt hatte. Nichtsdestoweniger ging die Regierung in ihrem Weißbuch so weit, ihre weiteren Handlungen in einem sehr weiten Ausmaße diesen Empfehlungen anzupassen. Die jüdische Arbeitereinwanderung ist suspendiert worden, weitere Einschränkungen der jüdischen Tätigkeiten in Palästina sind angekündigt worden, und es scheint, daß das gesamte Schicksal des jüdischen Nationalheims von dem Bericht eines einzigen Experten abhängt.

Diese Handlungen haben in der gesamten jüdischen Welt einen Zustand der Ungewißheit und der Beunruhigung geschaffen, der dazu angetan ist, die jüdische Arbeit in Palästina ernstlich zu schädigen. Beiträge und weiteres Investierungskapital fließen natürlich nicht zu, wenn die Zukunft unserer Arbeit in Frage gestellt ist.

Wir sind wiederholt dahin informiert worden, daß die englische Regierung beabsichtigt, an dem Mandat festzuhalten und es durchzuführen. Das Jüdische Nationalheim bildet den Kernpunkt des Mandats;

mit Hoffnung und Zuversicht erwarten wir von der britischen Regierung eine Aktion, die geeignet ist, die Errichtung dieses Nationalheims zu sichern.

Das Memorandum ist unterzeichnet vom Mitglied des Kongresses der Vereinigten Staaten Sol. Bloom, vom Mitglied des polnischen Parlaments Dr. Henryk Rosmarin, vom Mitglied des lettischen Parlaments Dr. M. Nurok und vom Mitglied des südafrikanischen Parlaments M. Kentridge.

Was hat Lord Paßfield der arabischen Delegation angeboten?

Eine bewegte Sitzung der arabischen Exekutive

Jerusalem, 5. August. (JTA.) Die arabische Exekutive Palästinas hielt soeben eine Sitzung ab, in der die Mitglieder der arabischen Delegation für London über ihre Verhandlungen mit Mitgliedern der britischen Regierung, insbesondere mit dem Kolonialminister Lord Paßfield, Bericht erstatteten. Die lokale palästinensische Presse bringt über den Verlauf dieser Sitzung nur sehr fragmentarische Mitteilungen, während die in Damaskus erscheinende arabische Zeitung „Alepha“ einen ausführlichen Bericht bringt.

Als erster berichtete das Mitglied der London-Delegation Auni Bey Abdul Hadi über die Aufnahme der Delegation durch Lord Paßfield. Lord Paßfield, teilte Auni Bey mit, hat die von der arabischen Delegation vorgetragene Forderung nach Errichtung eines Parlaments in Palästina zurückgewiesen, dafür aber den Arabern als Äquivalent für die Jewish Agency eine Art Arab Agency oder eine legislative Körperschaft mit beschränkten Rechten angeboten. Die britische Regierung, fuhr Auni Bey fort, verweigerte den Arabern ein demokratisches Regime, weil sie befürchtet, eine solche neue Ordnung würde Konflikte verursachen. Wir bettelten nicht, schloß Auni Bey, sondern wir vertraten energisch unsere Forderungen, und Lord Paßfield gab uns die Versicherung, daß er uns ein neues Angebot machen wird, welches unsere Hoffnungen nicht enttäuschen wird.

Der Delegierte Alfred Roch gab eine Darstellung der Verhandlungen mit der englischen Regierung, die wesentlich von der Auni Beys abwich. In Paßfields Statement, sagte Roch, war eine Institution vorgesehen, die von den arabischen Forderungen sich nicht sehr weit unterschied. Die Regierung glaubt, daß die arabischen Forderungen wirklich nicht übertrieben seien.

Auni Bey griff später nochmals in die Diskussion ein und zitierte Clemenceaus Ausruf: „Wehe der Nation, die das Schweigen wählt!“ Das Zögern Großbritanniens, sagte Auni Bey, ist auf die Furcht vor der zionistischen Propaganda zurückzuführen. Auch Frankreich fürchtet den Zorn der Zionisten.

Das Mitglied der arabischen Exekutive Azat Darvizah forderte die sofortige Einberufung des achten palästinensisch-arabischen Kongresses und führte hierfür das folgende Argument ins Treffen: Der siebente Kongreß hat die jetzige Exekutive gewählt und ihr den Auftrag gegeben, ein Parlament durchzusetzen. Darin habe die Exekutive versagt. Darvizah verlangte auch, daß die Nichtzusammenarbeit mit der Regierung und der bürgerliche Ungehorsam nach dem Muster der anderen Orientländer proklamiert werden. Beamte der Exekutive bemühten sich, die Extremisten zu beschwichtigen und erklärten, der High Commissioner, der demnächst ins Land zurückkehren wird, werde eine befriedigende Lösung mit sich bringen.

Ein anderes Mitglied der Exekutive, Boulous Shehada, sprach sich entschieden gegen die Einrichtung eines ständigen arabischen Propagandabüros in London aus und forderte die Einrichtung eines ständigen politischen Büros für die östlichen Länder, da England durch die Unzufriedenheit im Orient empfindlicher getroffen wird, als durch irgendwelche Klagen europäischer Mächte.

Vierte Weltkonferenz der Zionisten-Revisionisten in Prag

Prag, 10. August. (JTA.) Am Sonntag, 10. August, 10.30 Uhr vormittags, eröffnete Wladimir Jabotinsky, der Schöpfer des revisionistischen Zionismus und Präsident des Weltverbandes der Zionisten-Revisionisten, die vierte Weltkonferenz der Zionisten-Revisionisten in hebräischer Sprache. In dem großen Saale des Beth Am (Jüdischen Volkshauses) waren bei der Eröffnung etwa zweihundert Delegierte aus zahlreichen Ländern, unter ihnen etwa fünfzig aus Polen und zwanzig aus Deutschland sowie rund zwölfhundert Gäste aus allen Teilen der Tschechoslowakei und dem Auslande anwesend. Zahlreiche Gäste konnten wegen Platzmangels nicht mehr eingelassen werden. Es fiel auf, daß weder die Regierung, noch die Stadt Prag, noch die englische Gesandtschaft und die Prager jüdische Gemeinde Vertreter zu der Eröffnungssitzung entsandt haben.

Jabotinsky schloß seine dreistündige Rede mit der Erklärung, er sei nicht dafür, daß das Mandat Großbritannien weggenommen und einem anderen Staate übergeben werden soll. Jabotinsky sagte noch, er glaube an die Möglichkeit einer Aussöhnung mit den Arabern, diese müsse aber auf der einzig möglichen Grundlage geschehen, daß die Araber das Prinzip der unbeschränkten jüdischen Einwanderung und der Umwandlung Palästinas in ein Land mit jüdischer Mehrheit anerkennen.

Prag, 10. August. (JTA.) In der Sonntag-Nachmittagsitzung der vierten Weltkonferenz der Zionisten-Revisionisten, die unter dem Vorsitz von Richard Lichtheim stattfand, wurde ein elfgliedriges Präsidium aus den folgenden Herren gewählt: Dr. Soskin, Dr. Brutzkus, M. Danzis, B. Weinstein, J. Kahan, Hans Löw, A. Recanati, Dr. Lachmann, Lubitzky, Dubitzky und Rotmann. Dr. Soskin, der den Vorsitz übernahm, teilte mit, daß etwa zweihundert Delegierte der revisionistischen Ortsgruppen anwesend sind, so daß man von einem Kongreß der revisionistischen Partei sprechen dürfe.

Nach der Wahl von Ausschüssen, darunter eines Ausschusses zur endgültigen Formulierung des revisionistischen Programms, erstattete Herr Meer Großman (London) sein Referat über Rekonstruktion der zionistischen Politik.

Die politischen Aufgaben der nächsten Jahre sieht Großman in zwei Richtungen: In einem System politischer Arbeiten. Verhandlungen mit politischen Faktoren, um ihnen klar zu machen, was der Zionismus wolle und was er für England bedeute. Ferner die Erzielung einer klaren Antwort, ob England die Gründung eines jüdischen Nationalheims in Palästina will oder nicht. Darin müsse eine freundliche, aber entschiedene Warnung eingeschlossen sein, daß wir kein Interesse an England hätten, wenn es nicht unser Partner sein wolle. Die Alternative: Das Weltjudentum oder die Araber Palästinas. Großman glaubt nicht, daß eine Änderung der Orientierung gegen England notwendig sein wird.

Man müsse sich vorbereiten auf eine Pause in der Palästinaarbeit. Erstens wegen der wirklichen Störung unserer Arbeit, zweitens wegen des Verlustes an Vertrauen an die Möglichkeit, in Palästina zu arbeiten und drittens als bewußtes Mittel zur Ausübung eines Druckes. Es gibt Zeiten, in denen eine solche Pause mehr wert sein kann als Arbeit. Man müsse die Schützengrabenlinie halten, neue Verbin-

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

26. Fortsetzung

Wuchtig fielen die Worte in den halbdunklen Kirchenraum, die Mönche warfen einander angsterfüllte Blicke zu, und sich den Seitentüren nähernd, begannen sie sich zu rechtfertigen.

„Nicht wir sind schuld!“

„Wer denn?“

„Der Abt hat es verboten!“

„Wo ist er?“

„In seiner Zelle.“

Ein fast knabenhaft junger Frater mit großen Kinderaugen geleitete Graf Komarowski in den Steinbau, der sich hinter der Kirche erhob.

„Wovon lebt Ihr hier?“ fragte Wirzbicki den jungen Frater.

„Von milden Gaben.“

„Ihr tätet besser daran, die Kutten auszuziehen und den Russen verjagen helfen!“

Der junge Frater hob schüchtern seine Augen zu Wirzbicki empor und senkte sie sofort verlegen.

„Es ist wirklich unerhört,“ wetterte Komarowski noch immer, „polnische Priester...“

„Daran ist der Bischof von Krakau schuld“, warf der junge Frater leise hin und sah sich dabei vorsichtig um.

„Was hat der Bischof von Krakau mit dem Kloster zu tun?“

„Er war früher Abt unseres Klosters; er ist ein Freund Paschkewitschs.“

Mordechai begriff nicht, wie die Klosterbrüder, welche auf milde Gaben angewiesen waren, in solchem Reichtum leben konnten. Auf schweren Teppichen schritten Fratres mit strengen Gesichtern auf und nieder. Sie warfen zornige Blicke auf die Fremden, die ihre Muße störten. Die glänzenden Kachelofen strömten übermäßige Wärme aus, welche die vollen Wangen und die prallen Hände rötete. In lose gegürtete Mäntel gekleidet, saßen die Fratres vor alten lateinischen Folianten, die in Holz oder Pergament gebunden waren; sie spielten mit den Troddeln ihrer Gürtel und lasen. Einige hielten Gänsekiele in den Händen und machten Notizen oder Abschriften. Die langen Mäntel, die vollen, weiblich weichen Gesichter, die Trägheit, in all dem lag etwas Orientalisches, das in seinem innersten Wesen dem Slawen stets fremd bleiben muß.

Die weiten Säle mit den Gobelins an den Wänden und den alten Gemälden erinnerten mehr an ein Museum als an ein Kloster. Aus einem entlegenen Saal vernahm man Orgelklang.

„Der Abt kann sie nicht empfangen,“ meldete verlegen der junge Frater, „doch er hat Befehl gegeben, die Bauern zur Beichte zuzulassen.“

Sie wandten sich zum Gehen. Wirzbicki hielt Komarowski an und deutete auf eine Wand; dort hing Paschkewitschs Porträt in schwerem Rahmen. Ohne sich auch nur einen Augenblick zu besinnen, sprang Komarowski auf das Sofa, welches unterhalb des Bildes stand; ohne der Proteste der Mönche zu achten, schnitt er es mit einem Federmesser aus dem Rahmen.

„Was fällt Euch ein, Ihr Herren?“

„Das gibt ein Unglück!“

„Das Kloster wird geschlossen werden!“

„Man wird uns vertreiben!“

„Schickt mir den Abt heraus!“ überschrie Komarowski die Klosterbrüder. „Warum versteckt er sich?“

„Vor Leuten, die in ein fremdes Haus kommen und dort wie in ihrem eigenen schalten, muß man sich verstecken!“ rief ein Frater wutbebend.

„Wenn das ein fremdes Haus ist,“ antwortete Wirzbicki, „dann ist der Abt kein ‚Vater‘ mehr, unserer gewiß nicht!“

Komarowski, der noch immer, Paskewitschs Porträt in Händen, auf dem Sofa stand, sprang jäh zu Boden, stürmte auf die erschreckt zurückweichenden Klosterbrüder los und begann:

„Höret: Als der Feind den Vatikan beschoß, trat Papst Pius IX. nicht mit dem Kreuz vor die Rebellen und sagte nicht: Im Namen Gottes, höret auf! Hätte er sich ihnen gezeigt, die Aufständischen wären gewiß vor ihm auf die Knie gesunken, und wäre Pius IX. durch ihre Kugeln gefallen, er wäre sogleich vom

Tode auferstanden, wäre ein Heiliger geworden, doch da Pius sich nicht zeigte, sondern sich in einer finsteren Kammer versteckt hielt und leben blieb, ist er für uns Katholiken ein Toter."

Komarowski betrachtete die erschreckten Klosterbrüder, die sich unaufhörlich bekreuzigten; jetzt erst merkte er, daß er das nicht hätte sagen sollen...

Auf dem Heimwege schwiegen die Reiter; sie schämten sich voreinander — solche Scham empfindet man über einen Dieb in der Familie. Es ging ihnen nicht in den Sinn, daß in der Kirche, im Allerheiligsten des polnischen Volkes, dieses Volkes eigener Feind saß...

AUF DEM MARSCH

Gegen Abend — die aus mehr als zweihundert Mann bestehende Abteilung Rekruten war schon marschbereit — brachten einige kleine Bauernwagen die Gewehre, welche im Walde vergraben gewesen waren.

„Wer weiß mit belgischen Gewehren umzugehen?" rief Komarowski.

Einige wenige meldeten sich.

„Eine Gewehrkiste öffnen, rasch! Wir brauchen eine Wache für die Waffenwagen!"

Noch ehe Komarowski den Satz beendet hatte, war die Gewehrkiste geöffnet. Wirzbicki verfluchte den Belgier bis ins sechste Glied. Keines der Gewehre, das er zur Hand nahm, ließ sich zusammensetzen.

„Dieses verfluchte Volk! Wenn ich den Juden erwische, der uns betrogen hat, auf der Stelle hänge ich ihn!" schrie Stach.

Mordechai war innerlich empört. Hatte sich Kahane nicht schon beklagt, daß Spielzeug statt Gewehre geschickt wurde? Hatte er nicht verlangt, daß die Verpackung kontrolliert werde? Und nun kommt so ein Bauer und schreit: „Der Jud' ist schuld!"

Seine Empörung ging in Selbstverachtung über. Was habe ich hier zu suchen? Ich will eine Jude sein? Mochte das ganze Haus von Bauern voll sein, mein Vater hat Tallis und Tefillin angelegt und mit Inbrunst das Gebet verrichtet, wenn es Zeit war. Ich könnte nicht einmal das tun!"

Wer weiß, wie weit er in seinem lebhaften Geist gegangen wäre, hätte nicht Wirzbicki, der noch immer die Gewehre prüfte, dem alten Stach entgegnet:

„Es war kein Jude, Stach, ein Bruder, ein Katholik, hat uns so betrogen!"

„Warum dauert so lange?" rief Komarowski.

„Wir wurden betrogen, Herr Oberst, sehen Sie nur! Wir werden noch eine Kiste öffnen müssen!"

„Öffnen!"

Berittene Begleitmannschaft umgab die Wagen mit den Gewehr- und Munitionkisten; die Abteilung setzte sich in Bewegung.

Ein Mann stimmte ein Lied an. Er wurde rasch zur Ruhe gebracht. Die Bauern marschierten in breiten Reihen; in den Schall ihrer Schritte mengte sich das Knarren der Räder und der Tritt der Pferdehufe.

Der Wald lichtete sich. Man erreichte eine Straße. Die Pferde spitzten lauschend die Ohren; dann senkten sie die Köpfe und nahmen Witterung. Gegen den Schnee der anliegenden Felder zeichnete sich grau die Silhouette eines Reiters ab.

„Wer ist der Reiter dort?"

„Ein Klosterbruder."

Auf einem kleinen Pferd saß er, und wie ein frommer Christ am Palmsonntag seine Palme, so hielt er ein doppelläufiges Gewehr in beiden Händen.

„Wohin?" hielt ihn der Posten an, als er etwa fünfzig Schritt von der Abteilung entfernt war.

„Brüder, Christen, führet mich zu Eurem Kommandanten!"

Komarowski, der indessen herangesprengt war, erkannte den jungen Frater mit den Kinderaugen: „Was bringt der Frater Neues?"

„Ich will bei Euch bleiben."

„Soldat werden?"

„Ja, Panie."

„Weiß das Kloster davon?"

„Nein, ich bin durchgegangen. Ich halte es für schändlich, lateinische Bücher zu studieren, wenn Polen sich erhebt, um den Feind zu vertreiben! Wir Priester sollten vorangehen, nicht gerade mit dem Gewehr, sondern mit dem Kreuz."

Der Klosterbruder, welcher gewohnt war, keine eigene Meinung zu äußern und blind zu gehorchen, erschrak über seine eigenen Worte. Er wußte nicht, was er mit dem Gewehr anfangen sollte und stammelte:

„Das Gewehr hing nutzlos im Kloster... Ihr habet sicher nicht allzuviel Gewehre... da habe ich es mitgenommen... nur eine Bitte habe ich..., gestattet mir, meine Kleidung zu tragen..."

„Selbstverständlich!" Komarowski legte ihm die Hand auf die Schulter. „ Wir brauchen viele Priester; wenn wir die Priester haben, gehen die Bauern mit!"

Die Leute waren gerührt.

Fortsetzung folgt.

dungen schaffen, neue Reserven und neue Geldmittel. Man werde in Palästina rechtzeitig begreifen, daß es ohne eine jüdische Bevölkerung keine Prosperität gebe. Man müsse der Welt klar machen, daß die Araber Palästinas ein Vorposten des arabischen Imperialismus sind, der mehr Boden will, als er bearbeiten kann. Die Entscheidung müsse zwischen Europa und Asien getroffen werden. Wir sind in Palästina die Vorposten Europas, Vertreter einer fortschrittlichen Kolonisation. Gemeinsame politische Interessen mit den Arabern gibt es nicht. Der Ausgleich liegt auf der Linie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Jeder Fortschritt des Landes werde nicht nur ein Fortschritt des jüdischen Landes sein. Der Revisionismus hat als einzige zionistische Partei in seinem Agrarprogramm die Befriedigung der arabischen Forderungen aufgestellt. Er sei auch für Erweiterung der lokalen Verwaltung im Lande. Erst bei Ausschluß der politischen Fragen werde eine wirtschaftliche Kooperation mit den Arabern möglich sein.

Wir wollen, schloß Großman, eine gemeinsame Front. Der Revisionismus habe das Vertrauen in die alten Kräfte verloren. Deshalb baue er eine neue Organisation mit neuem Menschenmaterial. Und er erwarte, daß diejenigen, die mit ihm gehen wollen, auf sein Programm eingeschworen sind.

Trennung von der Zionistischen Weltorganisation

Prag, 10. August. (JTA.) Aus Gesprächen mit Delegierten der revisionistischen Weltkonferenz gewann der JTA-Vertreter den Eindruck, daß der Wunsch nach Trennung der revisionistischen Bewegung von der Zionistischen Organisation stark überhand nimmt und vielleicht die Mehrheit auf der Konferenz haben wird. Die starke Beteiligung von Delegierten aus zahlreichen Ländern hat zur Erhöhung der Stimmung beigetragen; revisionistische Führer versicherten dem JTA-Vertreter, daß die Konferenz einmütig gegen die Jewish Agency stimmen wird, es sei denn, daß eine Jewish Agency auf rein demokratischer Grundlage gewählt wird. In den Sitzungen der Sektion der revisionistischen Weltkonferenz wird über die einzelnen Programmpunkte der Konferenz und die einzubringenden Resolutionen beraten. Es handelt sich um die Haltung gegenüber England, die Politik gegenüber den Arabern und schließlich darum, ob der revisionistische Weltverband ein Teil der zionistischen Organisation sein soll oder nicht.

Dr. Werner Senator über das heutige Palästina

Berlin, 10. August. (JTA.) In Berlin weilt gegenwärtig Herr Dr. Werner Senator, Mitglied der Exekutive der Jewish Agency in Palästina. Dr. Senator, der sich in der modernen jüdischen Jugendbewegung und im jüdischen sozialen Leben Deutschlands als Theoretiker und als Mann der Tat führend beteiligt und der in den letzten Jahren das Amt eines Generalsekretärs des europäischen Büros des Joint Distribution Committee innegehabt hat, wurde bekanntlich dazu ausersehen, in der Exekutive der Jewish Agency das Amt eines Schatzmeisters und Finanzberaters auszuüben.

Die Anwesenheit Dr. Senators in Berlin benutzte der JTA-Vertreter, um ihn zu befragen, wie er, der aus der deutschen Kultursphäre Hervorgegangene, das heutige Palästina sieht. Herr Dr. Senator erklärte, er finde es jetzt, unmittelbar vor den Tagungen des Zionistischen Aktionskomitees und des Administrative Committee der Jewish Agency, für seine Person nicht an der Zeit, sich in tiefere politische und programmatisch-wirtschaftliche Erörterungen einzulassen, er könne nur einige allgemeine Bemerkungen geben. Es sind drei Komplexe ins Auge zu fassen: ein politischer, ein finanziell-wirtschaftlicher und ein psychologischer.

Um mit dem letzteren zu beginnen, soll zunächst festgestellt werden, daß trotz des in politischer wie in finanziell-wirtschaftlicher Beziehung schweren Jahres, das der Jischuw hinter sich hat, die Stimmung im Lande unerschüttert ist; es besteht die ruhige Entschlossenheit zur Arbeit um jeden Preis. Sogar die Sperrung der Arbeiter-Alijah, die natürlich auch den Jischuw tief aufwühlte, wurde in Erez Israel ruhiger beurteilt, als dies im Auslande geschah. Auch die verantwortlichen Faktoren lassen sich nicht durch Stimmungen von der notwendigen Arbeit und den notwendigen Maßnahmen zurückhalten; so wurde z. B. auch mit dem englischen Bevollmächtigten Sir John Hope Simpson aufs engste zusammengearbeitet und mit ihm das gesamte Material über unser wirtschaftliches Zukunftsprogramm eingehend besprochen.

Nun zur wirtschaftlichen Lage: Palästina ist bisher von der Weltwirtschaftskrise fast nicht erfaßt worden. Aber für die Dauer wird der Einfluß der allgemeinen wirtschaftlichen Weltkrise auch in Palästina spürbar sein. Der Zufluß privaten Kapitals beginnt sich zu verlangsamen, die allgemeine Krise der Landwirtschaft trifft besonders auch die auf Getreideproduktion basierte Fellachenwirtschaft. Der Umfang der Arbeitslosigkeit geht vorläufig nicht über das normale Maß hinaus. Eine ganze Reihe von Arbeiten seitens verschiedener in Palästina arbeitender Organisationen wird erst in naher Zukunft in Angriff genommen werden und den Arbeitsmarkt günstig beeinflußen. Es handelt sich um Arbeiten, die die Palestine Jewish Colonisation Association (PICA), der Emergency Fund, die Jewish Agency (Bauten in ihren Kolonien) programmäßig durchzuführen haben. Im nahenden Herbst wird die Orangenernte eine größere Zahl Arbeiter absorbieren. Trotz dieser günstigen Momente ist natürlich auf dem Arbeitsmarkt die Möglichkeit von Schwankungen gegeben.

Entscheidend in wirtschaftlicher Hinsicht ist es, ob angesichts der Zurückhaltung des Privatkapitals infolge der Wirtschaftskrise es der Jewish Agency gelingen wird, ein größeres Arbeitsprogramm durchzuführen, d. h. ob an Stelle des sich verringernden Privatkapitals öffentliches Kapital zur Verfügung stehen wird. In dieser Hinsicht stehen die Dinge leider vorläufig nicht besonders gut. Es werden große Anstrengungen erforderlich sein, um die Fiananzen des laufenden Jahres in Ordnung zu bringen und die wirtschaftliche und kulturelle Arbeit im angemessenen Umfang weiter zu führen.

Politisch (und das politische Moment wirkt ja auf das wirtschaftliche und psychologische hinüber) ist es von großer Bedeutung, daß eine weitere Beruhigung der Atmosphäre eintritt. In den meisten Kreisen beginnt sich der Gedanke durchzusetzen, daß man zu einem modus vivendi zwischen den drei beteiligten Faktoren (Juden, Araber und Regierung) kommen muß, der häufige Friktionen vermeidet. Diesem Problem messen wir alle die größte Bedeutung bei; es ist besonders bedeutungsvoll in einem Moment, wo die Jewish Agency das Fazit der Arbeit ihres ersten Jahres zieht und die Grundsteine für ihre zukünftige Arbeit legen muß.

Von unmittelbarer praktischer Wichtigkeit betrachte ich eine sachliche Koordinierung der wirtschaftlichen und der sozial-kulturellen Arbeiten der verschiedenen in Palästina arbeitenden Organisationen, die z. T. durch Personalunion mit der Agency

verbunden sind oder sonst eng mit ihr zusammenarbeiten.

Die kommende Sitzung des Administrative Committee wird sehr schwere politische, aber vor allen Dingen auch finanzielle und wirtschaftliche Probleme behandeln müssen. Von den Ergebnissen der Beratungen wird es abhängen, ob die palästinensische Judenheit das Gefühl behält, das sie bisher gestärkt hat, daß nämlich eine starke, unlösbare Verbindung zwischen dem palästinensischen Jischuw und der Weltjudenheit — Zionisten und Nichtzionisten — besteht.

Aus der jüdischen Welt

Prof. Eduard Baneth gestorben

Berlin, 8. August. (JTA.) Am Donnerstag, dem 7. August, verstarb in seiner Berliner Wohnung der in der gelehrten jüdischen Welt als Talmudforscher hochgeschätzte Herr Prof. Dr. Eduard Baneth im Alter von 75 Jahren. Prof. Baneth war ein Sohn des 1871 verstorbenen berühmten Talmudisten Jerachmiel Dob Baneth, Schülers des Rabbi Moses Sofer in Preßburg, und ein Enkel des Talmudforschers Ezechiel Baneth, der 1854 in Neutra als Rabbiner und Leiter der dortigen großen Jeschiwah starb. Prof. Eduard Baneth besuchte die Jeschiwah in Preßburg, studierte dann in Berlin, war 1882 bis 1895 Rabbiner in Krotoschin und war seit 1897 Dozent an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin, wo er talmudische Fächer lehrte. 1919 erhielt er vom Preußischen Kultusministerium den Professor-Titel. Von seinen Werken sind zu nennen: „Samuel Hanagid als Staatsmann und Dichter", „Ursprung der Saddokäer und Boethosäer", „Maimunis Kommentar zum Traktat Abot", „Maimunis Neumondsberechnung", fernerr eine 1917 erschienene poetisch-dramatische Bearbeitung des Hohen Liedes (Schir Haschirim) und eine Studie über soziale Motive in der rabbinschen Rechtspflege.

Die Beerdigung fand am Freitag, dem 8. August, nachmittags, auf dem jüdischen Friedhof zu Weißensee unter großer Beteiligung von jüdischen Gelehrten und Vertretern der Jüdischen Gemeinde statt.

Offene Pogrompropaganda der Nationalsozalistischen Presse

Berlin, 11. August. (JTA.) Im Zusammenhang mit den kommenden Parlamentswahlen hat die Hitlerpresse, vor allem der „Völkische Beobachter", die antisemitische Hetze bedeutend verstärkt. Der in Ingolstadt erscheinende nationalsozialistische „Donaubote" schreibt unter der Überschrift „Judenpogrom in Ingolstadt": „Es dürfte wenigen Ingolstädtern bekannt sein, daß die Juden aus Ingolstadt schon einmal hinausgepeitscht wurden. Nun scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, daß in Bälde die Juden wieder aus Ingolstadt hinaus müssen. Die Anzeichen hierfür sind zu suchen in einem Angriff einer Person, die auch an der Konkurssache des Juden Hofmann ein „klein wenig" beteiligt ist. Diese Person hatte gestern nachmittag mit dem Juden Cohn jun. eine Auseinandersetzung, die schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Anfänglich hatte es den Anschein, als ob die Person den Juden schächten wollte, weil sie immer am Halse herumhantierte. Bei näherer Betrachtung stellte es sich aber heraus, daß nur Zeigefinger und Daumen im Spiele mit dem Kehlkopf des Juden waren. Die umstehenden Passanten hatten ob dieses lieblichen Intermezzos große Freude. Bisher wußten wir noch nicht, daß wir so impulsive Kämpfer für unsere Idee in Ingolstadt haben."

(Offener kann man die Pogrompropaganda wirklich nicht mehr treiben. Wo bleibt da der Staatsanwalt?)

Hugenberg, Hitler, Scholz

Berlin, 11. August. (JTA.) „Welt am Montag" bringt die Meldung der AKP, wonach in den letzten beiden Tagen ernsthafte Besprechungen stattgefunden haben, zwischen dem gemeinsamen Vertreter Hugenbergs und Hitlers, Oberfinanzrat Dr. Bang und dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, um die Frage zu prüfen, ob je nach dem Ausfall der Septemberwahlen — eine gemeinsame Plattform nach dem Vorbild der Thüringer Regierung, in der bekanntlich Hitlerianer und Volksparteiler nebeneinander sitzen, sich finden läßt.

Anderseits erläßt die volksparteiliche Korrespondenz auf die bekannte Frage des Chefredakteurs des „Berliner Tageblatts", Theodor Wolff, an Scholz, ob die Volkspartei zusammen mit den Nationalsozialisten eine Regierung bilden wird oder nicht, die Erklärung, sie hätte nicht angenommen, daß Theodor Wolff auf seine törichte Frage eine Antwort erhalten hat, weil diese Antwort sich aus der bisherigen Haltung der Deutschen Volkspartei eindeutig ergibt.

Der Kongreß des Weltverbandes der jüdischen Jugend beendet

Genf, 10. August. (JTA.) Nach viertägiger Dauer ist der dritte Kongreß des Weltverbandes der jüdischen Jugend beendet worden. Es wurden Beschlüsse über organisatorischen Aufbau und Stärkung des Weltverbandes, sowie Verbreiterung und Vertiefung seiner Tätigkeit unter den jüdischen Jugend gefaßt. Ferner wurden Beschlüsse über Erziehungsarbeit, Zusammenarbeit mit dem Welt-Makkabi und den Zophim-Organisationen, Arbeit für den Keren Kajemeth u. a. m. angenommen. Der Kongreß protestierte gegen die Überfälle auf den jüdischen Jischuw in Palästina und die Verletzung des Mandates. Es wurde auch eine Resolution gegen die Kalenderreform angenommen, die auf dem Blankotag basiert und eine Gefahr für den jüdischen Sabbat bedeutet.

Der Kongreß wählte ein 20-gliedriges Zentralkomitee, von welchem die Hälfte der Mitglieder in Paris lebt. Zum Präsidenten des Weltverbandes wurde Aimé Pallière, zum Präsidenten des Zentralkomitees Schrambeck (Straßburg) gewählt.

Die Schlußsitzung des Kongresses war ausgefüllt von einer Debatte über die Bedeutung Palästinas für das jüdische Bewußtsein im allgemeinen und das der jüdischen Jugend im besonderen. Mehrere Redner schilderten den hohen moralischen Wert des jüdischen Aufbauwerks in Palästina für die Bildung einer Weltanschauung der jüdischen Jugend. In seiner Schlußrede erklärte Aimé Pallière, daß die Verhandlungen mit Vertretern der verschiedenen Jugendorganisationen den Erfolg gehabt haben, daß der Grundstein gelegt wurde zu einer „Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Jugendorganisationen", deren Zweck es ist, einen ständigen Kontakt zwischen den einzelnen Jugendverbänden zu unterhalten und deren Tätigkeiten zu koordinieren. Vorläufiger Sitz dieser Arbeitsgemeinschaft ist Genf. Dieser Beschluß muß von den einzelnen Organisationen sanktioniert werden. Prinzipiell haben den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft erklärt die Vertreter des Welt-Makkabi, des Weltverbandes der jüdischen Jugend, der Vereinigung der agudistischen Jugendorganisationen, des jüdischen Jugendverbandes in der Schweiz, der zionstischen Studentenföderation in England u. a. m.

Palästina-Resolution dem Völkerbund überreicht

Genf, 10. August. (JTA.) Aimé Pallière, Schramek und Hait haben im Namen des Kongresses des Weltverbandes der jüdischen Jugend den stellvertretenden Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, besucht und ihm die vom Kongreß gefaßte Resolution bezüglich Palästinas überreicht.

Pallière, Schramek und Toledo besuchten auch die ständige rumänische Delegation beim Völkerbund und überreichten ihr eine Protestresolution gegen die antisemitische Hetze und die antijüdischen Exzesse in Rumänien. Der rumänische Bevollmächtigte, Antoniade, gab die Versicherung ab, daß die Regierung mit allen Mitteln die Ordnung aufrecht erhalten wird.

Sigmund Freud erhält den Frankfurter Goethe-Preis

Wien, 5. August. (JTA.) Der Goethe-Preis der Stadt Frankfurt wurde diesmal Prof. Sigmund Freud, dem weltberühmten Wiener Gelehrten und Schöpfer der Psychoanalyse, verliehen. Der Goethe-Preis, der größte wissenschaftliche und literarische Preis Deutschlands, wird dem Ausgezeichneten am 28. August, dem Geburtstage Goethes, im Rahmen einer großen Feierlichkeit in Frankfurt a. M. überreicht werden. Die Preissumme beträgt 10 000 RM.

Abnahme der jüdischen Einwohnerschaft Budapests

Budapest, 6. August. (JTA.) Dem soeben veröffentlichten statistischen Ausweise der Hauptstadt zufolge hat sich die Zahl der Lebendgeburten bei den Juden seit dem Jahre 1920 folgendermaßen gestaltet: 1920: 3596, 1925: 2390, 1926: 2149, 1927: 1870, 1928: 2140 und 1929: 1902. In den vier Monaten Januar, Februar, März und April des Jahres 1930 wurden 616 jüdische Kinder geboren, in derselben Zeit starben 1046 Personen jüdischen Glaubens. Die Geburtenabnahme ist nach Ansicht des „Egyenlöseg" zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß von den Eheschließungen 12 bis 15 Prozent auf Mischehen entfallen, aus denen die Kinder nicht mehr dem jüdischen Glauben zugeführt werden.

Fortdauer der antisemitischen Agitation in Rumänien — Die Regierung warnt pflichtvergessene Beamte

Bukarest, 8. August. (JTA.) Die rumänische Nachrichten-Agentur „Rador" verbreitet die folgende Mitteilung:

Dem Innenministerium sind Informationen zugegangen des Inhalts, daß ungeachtet der von der Regierung angeordneten scharfen Maßnahmen die antisemitische Agitation in vielen Städten der Bukowina fortdauert. Die Regierung hat deswegen spezielle Beamte in die Bukowina entsandt, die die strikte Weisung erteilt haben, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um solchen Agitationen ein Ende zu bereiten. Das Innenministerium ermahnt alle Beamten, ihre Pflicht zu tun, und erklärt, daß jeder Beamte, der dieser Weisung nicht Folge leistet, seines Amtes enthoben werden soll.

Schwere antisemitische Ausschreitungen beim Empfang der palästinensischen Motorradfahrer in Warschau

Warschau, 6. August. (JTA.) Das jüdische Warschau bereitete den Mitgliedern des jüdischen Sportklubs Makkabi in Palästina, die den Weg von Palästina zur Antwerpener Makkabiade und von dort durch mehrere europäische Länder zurück nach Palästina auf Motorrädern zurücklegen, und die bekanntlich in der Nähe von Apolda in Thüringen mehr als 30 Personen, die mit einem Ausflugsauto in die Ilm stürzten, vor dem sicheren Tode retteten, einen begeisterten Empfang. Tausende Menschen begrüßten die Palästinagäste bei der Einfahrt in die Stadt mit Hedadrufen, während das Warschauer Makkabi-Orchester die polnische Hymne und die Hatikwah spielte. Der Straßenbahnverkehr mußte abgeleitet werden, um dem Festzuge Platz zu lassen. Zehntausende von Menschen bildeten auf dem Wege Spalier, zahlreiche Fenster und Balkons waren dekoriert.

Der Empfang wurde durch Provokationen von Antisemiten gestört. Ein Mitglied eines nationaldemokratischen Jugendvereins warf einen Stein in den Zug, und als er von den Festteilnehmern verfolgt wurde, nahmen sich seine Vereinsgenossen seiner an. Die eingetroffene Polizei, der mitgeteilt wurde, daß Juden einen Überfall auf Christen veranstalteten, schlug mit Stahlruten auf die Teilnehmer am Festzuge ein. Es entstand eine furchtbare Panik, die Festteilnehmer stoben auseinander, mehrere von den Schlägen der Polizei Getroffene trugen blutige Wunden davon, zahlreiche Fensterscheiben wurden eingeschlagen, jüdische Läden und Ladentische wurden samt den Waren zerstört.

Am Abend fand im Zirkusgebäude eine feierliche Begrüßung der Palästinagäste statt, wobei der Führer der Palästina-Motorcyklisten, Ingenieur Arasi, dem Warschauer Judentum für den herzlichen Empfang dankte und die Bedeutung des jüdischen Sports hervorhob.

Der Internationale Studentendienst arrangiert eine Verständigungskonferenz zwischen Juden und Nichtjuden

Oxford, 5. August. (JTA.) Die soeben in Oxford stattgefundene neunte Jahreskonferenz des Internationalen Studentendienstes hat den Beschluß gefaßt, eine Konferenz von Vertretern jüdischer und nichtjüdischer Universitätshörer zur Herbeiführung eines besseren gegenseitigen Verständnisses für Januar 1931 nach Locarno einzuberufen. Professor Zimmern, Genf, wird die Konferenz leiten und sowohl Vertretern der jüdischen wie der antisemitischen Studentenschaft Gelegenheit geben, ihre Standpunkte in Ansprachen darzulegen. Auch werden sich jüdische und nichtjüdische Experten über die jüdische Frage äußern.

Die Oxforder Konferenz des Internationalen Studentenkongresses hat von ihren sieben Verhandlungstagen einen ganzen Tag der Diskussion über die jüdische Frage gewidmet. Der Sekretär des Internationalen Studentendienstes James Parker unterstrich die Bedeutung einer Verständigung zwischen Juden und Nichtjuden auf dem Boden der Universitäten. Die jüdischen Delegierten auf der Konferenz waren Alexander Teich vom Weltverband jüdischer Studenten, I. Handlman aus Paris, Jules Stone aus London und Dr. Bron Levi.

Die nächste Konferenz des Internationalen Studentendienstes wird im September 1931 in Amerika stattfinden. Auch diese Konferenz wird sich mit der Frage des Antisemitismus zu befassen haben. Dem Neuyorker Vorbereitungskomitee werden zwei jüdische Vertreter angehören, die amerikanische zionistische Studentenorganisation „Avukah" wird auf der Konferenz vertreten sein. Ein in Oxford gemachter Vorschlag, daß zur künftigen Konferenz ein Araber eingeladen werden solle, wurde abgelehnt, da man das Gefühl hatte, daß die

Palästinafrage mit europäischen Problemen nicht verquickt werden solle. Gleichzeitig hielt es die Konferenz für erwünscht, in einem späteren Stadium für die Förderung einer Verständigung zwischen Juden und Arabern in Palästina zu wirken.

Louis Lipsky kritisiert die gegenwärtige Form der Jewish Agency. Die Nichtzionisten haben enttäuscht

Neuyork, 8. August. (JTA.) Louis Lipsky, der frühere Vorsitzende und jetzige Vorsitzende der Zionistischen Organisation Amerikas, hat heute, unmittelbar vor Antritt seiner Reise nach Berlin, ein Statement erlassen, in welchem er darüber klagt, daß die erweiterte Jewish Agency ungleich zusammengesetzt sei, die Teilhaberschaft der Nichtzionisten überwiegt, wenigstens soweit es sich um die amerikanische Sektion handelt. Auch ist die Jewish Agency nicht durchorganisiert und wirkt nicht repräsentativ genug. Die Hoffnungen, daß die Nichtzionisten bestrebt sein werden, die Kräfte des Jüdischen Nationalheims zu erweitern und zu verstärken und aktive Exponenten beim Aufbau Palästinas zu werden, sind enttäuscht worden. Louis Lipsky schließt sein Statement mit dem Bemerken, er vertraue darauf, daß die Berliner Tagungen heilende Maßnahmen beschließen werden.

10 000 Juden an der Klagemauer am Vorabend des Tischa b'Aw

Jerusalem, 5. August. (JTA.) Nach polizeilichen Schätzungen weilten am Vorabend des Tischa b'Aw etwa 10 000 Juden an der Klagemauer. Infolge dieser außerordentlichen Menschenansammlung konnten bis Mitternacht nicht alle Klagemauerbesucher den Platz verlassen. Arabern war an diesem Abend verboten, den zur Klagemauer führenden Hauptweg zu benutzen.

In Tel-Awiw brannten am Tischa-b'Aw-Abend die Straßenlampen nicht. Alle Vergnügunsstätten waren geschlossen. In der überfüllten Gemeindehalle (Beth Haam) hielt Professor J. Klausner einen Vortrag über die zweite Zerstörung des Tempels.

Der erste Jahrestag des Ausbruchs der Palästinaunruhen. — Öffentliche Gedächtniskundgebungen und Trauerzüge zu den Friedhöfen verboten

Jerusalem, 11. August. (JTA.) Am Montag, dem 11. August, jährt sich (nach dem jüdischen Kalender) zum erstenmal der Tag, an dem aufgehetzte Teile der arabischen Bevölkerung Palästinas ihren Angriff gegen den jüdischen Jischuw begannen, der so viele Opfer auf beiden Seiten erforderte. Das palästinensische Judentum traf Vorbereitungen, um diesen Tag als einen Tag der Trauer und des Gedenkens der Opfer ruhig und würdig zu begehen. Die Ausführung dieses Vorhabens wird aber stark beeinträchtigt durch Verordnungen der Behörden, bei denen der offenbare Wunsch besteht, daß der Gedächtnistag eindruckslos vorübergehe.

Der Distriktsgouverneur von Jerusalem Keith-Roach ließ allen repräsentativen jüdischen Institutionen einschließlich der Agudas Jisroel eine Verordnung zugehen, der gemäß formierte Trauerzüge zu den Friedhöfen, sowie öffentliche Trauer- und Gedächtniskundgebungen verboten sind. Erlaubt seien nur Einzelbesuche an den Gräbern der Opfer der vorjährigen Unruhen, sowie Gedenkfeiern in den Synagogen, wobei sich jedoch die Synagogenvorsteher verpflichten müssen, für einen vollkommen ruhigen Verlauf der Feiern zu sorgen.

Zusammengehen der Agudah mit der übrigen jüdischen Gemeinschaft

Jerusalem, 10. August. (JTA.) Eine Abordnung der Agudah Jisroel unter Führung des greisen Rabbi Sonnenfeld besuchte den stellvertretenden Oberkommissar Sir Stuart Davis, wobei Rabbi Sonnenfeld die Erklärung abgab, daß die Agudah in allen bedeutenden Fragen, wie z. B. die Klagemauerfrage mit der jüdischen Gemeinschaft Palästinas zusammengeht. Für den Nichteintritt der Agudah in die organisierte jüdische Gemeinschaft (Knesseth Israel) seien einzig und allein religiöse Motive maßgebend gewesen.

Arbeitskonflikt zwischen der Tel-Awiwer Stadtverwaltung und Histadruth

Tel-Awiw, 8. August. (JTA.) Zwischen der Stadtverwaltung von Tel-Awiw und der jüdischen Arbeiterföderation (Histadruth) bestehen schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Erteilung der Aufträge für die Errichtung des Schlachthauses in Tel-Awiw. Histadruth wendet sich dagegen, daß der Hauptteil der Arbeiten privaten Unternehmern zugewiesen wurde und daß die Arbeiterföderation dabei leer ausging. Beide Streikparteien wenden sich mit öffentlichen Kundgebungen an die Öffentlichkeit. Die Stadtverwaltung ermahnt die Arbeiter, sich nicht unbefugter Weise auf den Grundstücken aufzuhalten, während Histadruth die Arbeiter auffordert, bis zur Beilegung des Konfliktes die Arbeit für das Schlachthaus einzustellen.

Urphali begnadigt. — Die Todesstrafe in zehnjähriges Gefängnis umgewandelt

Jerusalem, 7. August. (JTA.) Die Palästinaregierung teilt in einem am 7. August, 11 Uhr vormittags, herausgegebenen Communiqué mit, daß der High Commissioner die Begnadigung des vom Jaffaer Gericht zum Tode verurteilten Juden Ioseph Urphali ausgesprochen hat. Die Todesstrafe wurde in eine zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt.

Das Jaffaer Gericht hat das Todesurteil gegen Joseph Urphali ausschließlich auf Grund von arabischen Zeugen ausgesprochen, die bekundeten, daß Urphali während der Augustunruhen gegen Araber mit einer Waffe aufgetreten ist. In einer später fortgeführten Untersuchung haben britische Polizisten Urphali stark entlastet, das Oberste Gericht hat sich trotzdem zu einer Kassierung des Urteils nicht entschließen können. Unter der palästinensischen Judenheit ist die Überzeugung von Urphalis Unschuld allgemein.

Für ein Wiederaufnahmeverfahren

Jerusalem, 10. August. (JTA.) Wie die JTA. erfährt, sind Bestrebungen im Gange, um eine Wiederaufnahme des Prozesses Urphali, gegen den die Todesstrafe bekanntlich in eine zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt wurde, zu erreichen. Man hofft, daß ein solches Wiederaufnahmeverfahren die vollständige Unschuld Urphalis dartun und seine vollkommene Straffreiheit zum Erfolg haben wird.

Der Verteidiger Urphalis, Dr. Eliash, drang auf eine volle Begnadigung, indem er sich darauf stützte, daß der Londoner Privy Council nur aus technischen Gründen nicht in der Lage war, das Todesurteil gegen Urphali aufzuheben, bzw. ein Wiederaufnahmeverfahren zu veranlassen. Man glaubt auch, daß die Palästinaregierung nur darum die volle Begnadigung nicht aussprach, weil der oberste Richter Palästinas und andere hohe britische Richter sich auf Urlaub befinden. Es wird aber angenommen, daß die Gnade-Empfehlung seitens der Richter des Privy Council nicht den Wunsch auf Umwandlung in eine zehnjährige Gefängnisstrafe, sondern auf volle Begnadigung hinausging. Unter diesem Gesichtspunkt soll der Fall weiterbehandelt werden.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Schekelaktion 5690. Die Schekelaktion wurde bis Ende August verlängert. Alle Schekelblockinhaber werden deshalb gebeten, sich in den nächsten Tagen ganz energisch für die Aktion einzusetzen. Sämtliche Zionisten und ihre Familienmitglieder, sowie alle dem Zionismus nahestehenden Personen müssen in dem Besitz eines Schekels sein.

Münchener Spendenausweis Nr. 36
vom 5. bis 13. August 1930

Otto-Hirsch-Garten: anläßlich seines Geburtstages am 13. August, von seiner Mutter 2 Bäume 12.—.

Allgemeine Spenden: H. B. 1.—.

Büchsen: geleert durch Jackie Renka: Leo Satonower 3.20; Dr. S. Nathan 3.—; Frau Ernestine Mayer 1.19; Dav. Levite —.18. = 7.58

Imi-Taschen: Leo Satonower 1.24.

Material: 2 N.-F.-Telegramme 1.—. Summa: 22.82.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929: 7178.00 RM.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 8. August 1930

Spendenbuch: Herr und Frau Dr. Ernst Mosbacher anläßl. ihrer Vermählung 20.—; Herr und Frau H. Frohmann anläßl. der Verlobung ihrer Tochter 20.—; Herr und Frau Franz Steinhardt anläßl. ihrer Vermählung 20.—; Herr Albert Levy anläßl. seines 70. Geburtstages 10.—.

Goldene-Buch-Eintragung Lord Balfour: N. N. anläßl. eines Familienfestes 22.—.

Imi-Tasche: M. Wolinsky 1.20.

Wertzeichen: M. Wolinsky ein Telegrammformular —.50; Ernst Bernstein vier Bausteine gesammelt 2.—; T. E. drei Bausteine gesammelt 1.50.

Büchsen: Jakob Hirschhorn 14.56; Reinauer 7.12; Dr. K. Dankwerth 7.03; Dr. A. Löwenthal 5.—; Leo Wißmann 4.55; Walther Löwenthal 4.42; Max Abusch 3.60; Bing 3.39; Max Hirschhorn, R.-A. Stern je 3.—; 30 Büchsen unter 3 RM. = 44.37 = 90.64. Summa: 177.84.

Seit 1. Oktober 1929 aufgebracht 6859.09 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.